

AußenwirtschaftsNews - USA

03/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung AußenwirtschaftsNews informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die AußenwirtschaftsNews gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

1 Konjunktur

- Die kombinierte Wirkung der Zölle der US-Regierung auf ihre drei wichtigsten Handelspartner Mexiko, Kanada und China könnte in den kommenden vier Quartalen zu einer Verringerung des realen BIP-Wachstums der USA um kumuliert 0,9 Prozentpunkte führen. Auch für die betroffenen Volkswirtschaften wird eine gedämpfte Wachstumsdynamik erwartet: So wird in China ein Rückgang des realen BIP-Wachstums um 0,2 Prozent prognostiziert, in Kanada ein Minus von 0,9 Prozent und in Mexico ein Rückgang von 1,2 Prozent. Diese Prognose berücksichtigt allerdings nicht geplante Vergeltungszölle der Handelspartner. Eine Analyse des Conference Board zeigt, dass die Inflation in den USA aufgrund dieser kombinierten Zölle über vier Quartale um 0,6 Prozent steigen wird.
- Das Handelsdefizit der USA hat sich Ende 2024 aufgrund eines Anstiegs der Importe deutlich vergrößert und liegt im Januar 2025 bei 131,4 Milliarden US-Dollar. Dieser dürfte auf die Bemühungen der Unternehmen zurückzuführen sein, sich Produkte vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle zu sichern.
- Die Arbeitslosenquote stieg von 4,0 Prozent im Vormonat auf 4,1 Prozent im Februar an, was nach wie vor annähernd der Vollbeschäftigung entspricht.
- Die Inflationsrate stieg im Januar 2025 auf 3,0 Prozent im Jahresvergleich. Die Kerninflationsrate (ohne Lebensmittel- und Energiepreise) liegt bei 3,3 Prozent. Die langfristigen Inflationserwartungen der US-Verbraucher stiegen auf den höchsten Stand seit fast drei Jahrzehnten.
- Die Federal Reserve beließ den Leitzins im Januar unverändert bei 4,25 Prozent. Aufgrund der hartnäckigen Inflation wird eine Zinssenkung kurzfristig als unwahrscheinlich eingeschätzt.
- Goldman Sachs warnte, dass die US-Aktien in naher Zukunft um 5 Prozent fallen könnten, da die Zölle die Gewinnprognosen schmälern.

2 Handelspolitik

- Am 04. März 2025 trat ein Zusatzzoll von weiteren zehn Prozent auf alle Importe aus China in Kraft. Einen Monat zuvor war bereits ein Zusatzzoll von zehn Prozent verhängt worden. Somit werden chinesische Waren bei der Einfuhr in die USA mit einem Gesamtzusatzzoll von 20 Prozent belegt.
- Auf den US-Zoll von 20 Prozent antwortete Peking erneut prompt mit Gegenmaßnahmen:
 - Für den 10. März 2025 kündigte China Zusatzzölle in Höhe von zehn bis 15 Prozent auf verschiedene US-Agrarprodukte an. Zu diesen gehören Sojabohnen, Hühnerfleisch, Rindfleisch, Obst und Baumwolle. Dies sind einige der wichtigsten US-Exportprodukte nach China.
 - Das chinesische Handelsministerium setzte zehn US-Unternehmen auf eine Liste unzuverlässiger Unternehmen, hauptsächlich aus dem Verteidigungssektor, womit ihnen Einschränkungen oder vollständige Geschäftsverbote in China drohen.
 - In China gelten nun strengere Exportkontrollvorschriften in Bezug auf 15 US-Unternehmen.
- Auch mexikanische und kanadische Importe wurden am 04. März 2025 mit einem Zusatzzoll von 25 Prozent belegt. Für kanadische Energieprodukte galt stattdessen ein Zusatzzoll von zehn Prozent. Am 06. März 2025 gab US-Präsident Donald Trump jedoch bekannt, dass er die Zölle für Waren, die unter das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) fallen, bis zum 02. April 2025 aussetzen werde. Das USMCA ist ein Freihandelsabkommen zwischen den drei Staaten, das in Trumps erster Amtszeit ausgehandelt wurde. Nach Angaben des Weißen Hauses fallen 38 Prozent der Waren aus Kanada unter das Abkommen, bei Mexiko ist es circa die Hälfte.
- Bevor die US-Zölle auf einen wesentlichen Teil kanadischer und mexikanischer Waren ausgesetzt wurden, hatte Kanada am 04. März Gegenzölle in Höhe von 25 Prozent auf US-Waren angekündigt. Diese sollten zunächst nur Waren mit einem Gesamtwert von 30 Milliarden kanadischen Dollar treffen und in einem zweiten Schritt auf insgesamt 155 Milliarden kanadische Dollar erhöht werden. Zudem war geplant, nicht näher definierte nichttarifäre Maßnahmen zu ergreifen. Auch Mexiko kündigte zuerst Gegenmaßnahmen an, nannte jedoch keine Details.
- Am 12. März 2025 traten die US-Zölle in Höhe von bis zu 25 Prozent auf US-Importe von Stahl, Aluminium und bestimmten Stahl- und Aluminiumprodukten in Kraft. Die Zölle dürften den in den USA produzierenden Stahl- und Aluminium-Unternehmen Auftrieb geben, könnten aber auch die Kosten für die Bau- und Automobilindustrie erhöhen. Die Europäische Union reagiert mit Gegenzöllen: Ab April setzt die EU die Ausgleichsmaßnahmen in Kraft, mit denen sie bereits 2018 und 2020 auf die US-Stahl- und Aluminiumzölle reagiert hatte. Betroffen sind US-Produkte wie Whiskey, Boote und Motorräder. Außerdem bereitet sie ein Paket an Zusatzmaßnahmen vor. Hierfür hat die EU-Kommission am 12. März 2025 eine zweiwöchige Stakeholder-Konsultation gestartet. Informationen über die von Gegenmaßnahmen betroffenen Produkte und die Konsultation finden Sie auf der [Webseite der EU-Kommission](#).

- Kanada reagierte auf die US-Stahl- und Aluminiumzölle mit Ausgleichszöllen für eine [Gruppe von Stahlprodukten](#) mit einem Wert von 12,6 Milliarden kanadischen Dollar und Aluminiumprodukten im Wert von 3 Milliarden kanadischen Dollar.
- Trump kündigte außerdem an, dass sogenannte reziproke Zölle für Produkte aus der Europäischen Union in Planung seien, die ab 02. April 2025 in Kraft treten könnten. Mit den wechselseitigen Zöllen will der US-Präsident das von der US-Regierung negativ gesehene Handelsdefizit der USA abbauen.
- Ein längerer Handelskrieg würde sich vor allem für die US-Branchen Automobilindustrie, Wohnungsbau, und die Landwirtschaft kostspielig erweisen. Moody's schätzte, dass der 25-prozentige Zoll zu einer durchschnittlichen Erhöhung von 3.400 US-Dollar pro verkauftem Fahrzeug in den USA führen würde.
- Die Deutsche Außenhandelskammer in den USA hat ihren jährlichen [Deutsch-Amerikanischen Geschäftsausblick 2025](#) veröffentlicht. Deutsche Tochtergesellschaften in den USA haben Vertrauen in den US-Markt und setzen ihre Investitionen auch 2025 und darüber hinaus fort. Ihre US-Geschäfte sind Umsatz- und Gewinnstreiber für die globalen Konzerne. Es gibt jedoch Anzeichen für Divergenzen. Die befragten Unternehmen teilen ihre Bedenken hinsichtlich politischer Unsicherheit und Inflation/Kostensteigerungen für den US-amerikanischen und deutschen Markt und drängen auf Unterstützung durch die neue Bundesregierung.

3 Allgemeine Politik

- Die US-Regierung signalisiert eine mögliche Lockerung der Russland-Sanktionen, falls der Kreml Verhandlungen aufnimmt.
- Panama gibt US-Kriegsschiffen freie Durchfahrt durch den Panamakanal und kündigte den Rückzug aus Chinas Belt-and-Road-Initiative an. Außenminister Marco Rubio hatte Panama zuvor scharf für seine wirtschaftlichen Beziehungen zu China kritisiert.
- Die Trump-Regierung und die Republikaner im Kongress versuchen, das Verkaufsverbot für neue benzinbetriebene Autos in Kalifornien bis 2035 aufzuheben. Dabei soll auf eine häufig genutzte Ausnahmeregelung zurückgegriffen werden, die jedoch gemäß einer Feststellung des Government Accountability Office im Jahr 2023 nicht in der Zuständigkeit des Kongresses fällt.
- Dem Wall Street Journal zufolge erwägen Vertreter der Trump-Regierung Präsidialerlasse, die zur Schließung großer Teile des Bildungsministeriums führen würden.
- Trumps Zustimmungswerte sanken leicht nach einer anfänglichen Hochphase. Laut einer Gallup-Umfrage liegt der durchschnittliche Zufriedenheitswert in 31 Schlüsselbereichen des US-Lebens bei nur 38 Prozent.
- Die Unterstützung für Elon Musk in republikanischen Kreisen sinkt: Laut Economist/YouGov-Umfrage sank die Zustimmung von 47 Prozent auf 26 Prozent.



Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

eva.apfel@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.